



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/178

28. November 1949

## Die Arbeitslosigkeit und die Opposition

---

R.D. Die Auseinandersetzungen auf der parlamentarischen Bühne haben das im Wahlkampf heiss umstrittene Problem der Arbeitslosigkeit in den Hintergrund treten lassen. Und doch ist es alles andere als ein Objekt der Wahlpropaganda.

Eine besonders bedenkliche Erscheinung der Arbeitslosigkeit ist ihre Häufung in bestimmten Gebieten, Berufen und sozialen Schichten.

Die Opposition wirft der Regierung vor, bisher keine praktischen Vorstellungen entwickelt zu haben, wie diesem Elend zu begegnen ist. Sie

kennt auch die Ursache dieses Mangels, den inneren Zwiespalt der Regierung zwischen sozialer Verpflichtung und privatem Vorteil, wobei der letztere vorherrscht.

Das birgt weitere Steigerungsgefahren in sich. Denn die erwähnten Erscheinungen haben neben ihrer wirtschaftspolitischen Dominante be-

reits wirksame strukturelle und konjunkturelle Ursachen - die unorganische Ansammlung der Flüchtlinge in Gebieten ohne Arbeitsmöglichkeit,

den Abbau der kriegsbedingt überbesetzten Beamten- und Angestelltenberufe, die Landflucht usw. Weitere strukturelle Veränderungen der

Wirtschaft werden erst künftig wirksam: die notwendige Rationalisierung der Industrie, der Personalabbau bei den alliierten Behörden,

der in den Arbeitsprozess eintretende Geburtenüberschuss der Ehestandsdarlehenszeit, die eine Million noch fehlender Kriegsgefangener usw.

Als weitere Faktoren sind wirksam: Die beschränkte Produktionskapazität und das Verbot bestimmter Industrien, der beengte Schiffsbau,

die Dollarklausel und die fehlende Konvertierbarkeit der deutschen Währung, die trotz Abwertung ungünstige Kostenlage eines Teiles der

Erzeugung gegenüber den rationalisierten Auslandsindustrien usw. Dies sind von aussen auf die deutsche Wirtschaft wirkende Faktoren, ihre

Überwindung setzt die volle Handlungsfreiheit einer deutschen Regierung

voraus. Das mag erklären, warum die SPD so hartnäckig um die deutsche Unabhängigkeit ringt. Denn Ruhrstatut und Industriepfan bedeuten Einschränkungen dieser Souveränität und damit Behinderungen für die Lösung der sozialen Fragen.

Der erheblichere Teil dieses sozialen Problems ist jedoch innenpolitisch zu lösen und darum Gegenstand der vorbereitenden gesetzgeberischen Arbeit der SPD. Die planmässige Erfassung und Lenkung der Kapitalien muss den Wiederaufbau und Ausbau der Produktionsstätten, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und von Wohnraum in ihrer unmittelbaren Nähe dienen. Daher das Verlangen nach gesetzlicher Kapitallenkung und zentraler Wohnbauplanung. Gleichzeitig muss der Austausch von Flüchtlingen aus den agrarischen in die industriellen Bereiche des Bundesgebietes erfolgen, gleichfalls unter Bereitstellung ausreichenden Wohnraums; auch dazu wird eine bundesgesetzliche Regelung nötig sein. Weiter ist eine Stärkung der Kaufkraft durch kostenwahre Preiskalkulation notwendig und Angleichen der Löhne an das Preisniveau, schliesslich Abbau der Produktions- und Handelsspannen mit einer entsprechenden Kartell- und Monopolgesetzgebung. Die Mindesteinkommensgrenze und die tarifliche Entlohnung aller Arbeitenden müssten gesetzlich garantiert sein, ebenso ein auskömmlicher Lebensstandard der Arbeitsunfähigen. Hierher gehört auch die Lastenausgleichsgesetzgebung, Wiedergutmachung, Haftentschädigung usw. Zur finanziellen Sicherung dieser Aufgaben gehört eine Steuergesetzgebung, die nicht die Kaufkraft durch übermässige Verbrauchsteuern schwächt, sondern eine strenge, aber gerechte Erfassung der Einkommens- und Vermögenssteuern.

Vor allem aber müssen die Verantwortlichen den Willen haben, den sozialen Misständen unserer Wirtschaft zu Leibe zu gehen. Die "Marktwirtschaft" der Bundesregierung ist ein schlechter Beweis dieses Willens, auch wenn diese Wirtschaft sich sozial nennt. Hier liegt daher die Hauptaufgabe der Opposition; das ständig wache soziale Gewissen der Regierung zu sein.

\*\*\*\*\*

Französische Sozialisten hoffnungsvoller

Von unserem Pariser Vertreter Alfred Frisch

Seit 1947 befand sich die sozialistische Partei Frankreichs in einer ziemlich schweren Krise, die nicht nur zu einem ständigen Kräfteverlust führte, sondern auch zu einem fühlbar schwindenden Selbstvertrauen der Mitglieder und Funktionäre. Die Partei zweifelte an ihrem politischen Ziel und an ihren Zukunftsmöglichkeiten.

Diese kritische Lage hat sich in den letzten Wochen wesentlich geändert. Trotz der sie stark belastenden Regierungsverantwortung ist es der Partei überraschend gelungen, in verschiedenen Nachwahlen unbedeutende Erfolge zu erzielen. Der Abstieg ist einwandfrei aufgehalten und selbst wenig optimistische politische Persönlichkeiten bestreiten nicht mehr das Vorhandensein sicherer Anzeichen des Wiederaufstiegs. Alte, untreu gewordene Mitglieder kehren zur Partei zurück, und es gelingt ihr auch, neue Freunde zu gewinnen. Gleichzeitig ist in der Gewerkschaft "Force Ouvrière", die den Sozialisten trotz aller Unabhängigkeit nahesteht, teilweise ein bisher ungewohnter Elan festzustellen, weniger in der Pariser Zentrale als in verschiedenen Provinzorganisationen. Der Erfolg der sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa, der es gelungen ist, die politische Müdigkeit zu überwinden und eine gewisse Begeisterung zu erwecken, hat ebenfalls ermutigend gewirkt. Die Gründe dieses Wandels sind verschiedener Art. Der Beschluss der Parteileitung, in stärkerem Maße und mit mehr Energie die Arbeiterinteressen zu verteidigen, dürfe dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Über noch wichtiger und entscheidender ist der langsame und sichere Rückgang der Kommunisten. Es gibt in Frankreich eine bedeutende Schicht Werktätiger, die dem Kommunismus innerlich völlig fremd gegenüberstehen und bereit sind, mit ihm zu brechen, sobald sie das Gefühl haben, dass eine andere Partei ihre rein materiellen Interessen mit gleichem Nachdruck verteidigt, wie es bisher die Kommunisten getan haben. Nach Ansicht sachkundiger Franzosen steht die kommunistische Partei vor ihrer schwersten Krise. Die endlosen Kehrtwendungen werden für die Massen immer unverständlicher, und die Abzweigung eines nationalkommunistischen Flügels, mit dem andere französische Linksgruppen, bis zu den Volksrepublikanern, zusammenarbeiten könnten, gilt nicht mehr als eine politische Utopie. Soweit es die fast hermetische Abgeschlossenheit der kommunistischen Partei erlaubt, wird hinter den Kulissen bereits eifrig an der Verwirklichung dieser für die Zukunft der französischen Sozialstruktur ungewöhnlich gewichtigen Entwicklung gearbeitet.

Gegen die Unmenschlichkeit

Praktische Vorschläge Frau Annedore Leber

Im Kampf gegen die immer bedrohlicher werdende Unsicherheit in der Sowjetzone können Forderungen eine wesentliche Rolle spielen, die die Abgeordnete der Berliner Stadtverordnetenversammlung, Annedore Leber (SPD), aufgestellt hat. Danach soll in Berlin ein Ausschuss für Menschlichkeitsfragen gebildet werden, der sich aus erfahrenen und bewährten Kämpfern gegen die in der Sowjetzone herrschende Unmenschlichkeit zusammensetzt. Seine Aufgaben hätten zu sein:

- a) Sammlung der Namen aller verschleppten Personen bei voller Diskretion unter Koordinierung der bisherigen Bemühungen verschiedener Organisationen und Einzelpersonen.
- b) Kontrollinstanz für die Nachforschung nach dem Verbleib dieser Personen unter Einschaltung der bestehenden polizeilichen und richterlichen Einrichtungen und aller Publikationsorgane.
- c) Beschwerdeinstanz zur Sicherung sozialfürsorglicher Massnahmen für Familienangehörige verschwundener Personen oder solcher, die sich bedroht fühlen, wegen der besonderen Eigenart ihrer Notlage.
- d) Bildung, Beaufsichtigung und Lenkung von privaten Spenden und Stiftungen für ergänzende Hilfsmassnahmen zugunsten dieses Personenkreises.
- e) Herstellung von Verbindungen mit internationalen, der Menschlichkeitsidee dienenden Gruppen und Einzelpersonen im Interesse der Befreiung dieser Personen, notfalls zur Erreichung der Möglichkeit, sich vor einem öffentlichen Gericht verantworten zu können.
- f) Klärung der Fragen des Asyl- und Arbeitsrechts bei politischen Emigrationen und Herstellung von Verbindungen auch auf diesem Gebiet.

Es wäre vor allem auch notwendig, dass das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen sich sehr bald und intensiv mit diesen Vorschlägen auseinandersetzt und sie soweit wie möglich durchzuführen versucht.

\*\*\*\*\*

Russische "Spitzelsendungen".

Auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück/Sa. ist seit einigen Monaten ein russischer Sender stationiert, der zur selben Zeit wie RIAS, der Sender im amerikanischen Sektor Berlins, Spitzelwarnungen durchgibt. An manchen Tagen wurden bis zu 32 NKWD-Spitzel durchgegeben. Die Sowjets wollen damit die überaus wirksamen Spitzelwarnungen, die RIAS sendet, unwirksam machen und als "Lüge entlarven", indem sie vor allem unbescholtene und ihnen unliebsame Menschen als NKWD-Spitzel durchgeben.

\*\*\*\*\*

Der Schrecken von Aue

sp. In Aue und Umgebung verstummt jedes Gespräch, sobald der Name "Schudy" fällt. Gotthard S c h u d y , 27 Jahre alt, ehemaliger

Oberleutnant im Stabe Kommel, heisst der deutsche GPU-Chef im Uranbergbauggebiet. Vor kurzem für "gute Leistungen" zum Volkspolizei-

Oberkommissar befördert, steht er im Schatten seiner Auftraggeber, des berühmten NKWD-Majors Lyssenkow, des Leiters der Operativen

Gruppe der NKWD (Verhaftungskommando). Kapitän Iwanoff und des militärischen Chefs der Wismuth AG, Sowjetgeneral Melzew. Kommissar

Schudy übertrifft sie alle. Bereits in der ersten Hälfte des Jahres, da er das Spitzelnetz der Bergpolizei und der Bergkriminalpolizei

ausbaute, überschritt er das NKWD-Verhaftungssoll der Vormonate um das Doppelte und verdreifachte diese Zahl in den folgenden Monaten.

1.200 Bergpolizisten in Zivil, 227 Volkspolizisten allein im Gebiet um Aue, und in jedem grösseren Ort ca. 50 Angehörige der Bergkriminal-

polizei, (KD), verstreute Schudy unauffällig unter die Bergarbeiter im gesamten Uranbergbauggebiet, damit die "Sicherung der Sowjetrussi-

schen Aktiengesellschaft Wismut vor volksfremden Saboteuren und Spitzeln der imperialistischen Mächte hinreichend gewährleistet ist",

wie es ihm Sowjetgeneral Melzew in einem Sonderbefehl ans Herz gelegt hatte. Verurteilungen von Bergarbeitern zu langjähriger NKWD-

Haft sind seither an der Tagesordnung. Für Grubenunglücke zum Beispiel werden nicht die mangelnden Schutzvorrichtungen, sondern Berg-

arbeiter persönlich verantwortlich gemacht und als "Saboteure" in die NKWD-Gefängnisse von Oberschlema und Siegmars-Schönau verschleppt.

Mit dem wachsenden Terror bildeten sich unter den Bergarbeitern Widerstandsgruppen gegen die Bergpolizei. Es kam zu Meutereien und

Schlagereien. Besonders eifrige Bergpolizisten erhielten Drohbriefe, man sprach von "schwarzen Listen". Daraufhin wurden in den letzten

Wochen alle Bergpolizisten, die sich hatten einschüchtern lassen, fristlos entlassen. Seitdem ist der Terror im Uranbergbauggebiet unter

Schudy noch gestiegen.

(b/O/2811/2/hs)

\*\*\*\*\*

Sozialanträge vor dem Bundestag.

sp. Die 19. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. und 2. Dezember 1949 wird eine reine Arbeitstagung werden, die im wesentlichen soziale Fragen zu behandeln hat. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen die SPD-Anträge zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen und ihrer Einstellung im öffentlichen Dienst bei der Bundesverwaltung sowie zur einheitlichen Betreuung der Heimkehrer. Weitere Anträge behandeln den Jugendschutz, Fragen der Hochseefischerei, Regelung der Weihnachtsgeldzuwendungen uam. Insgesamt sieht die Tagesordnung die Beratung von 40 Anträgen vor.

\*\*\*

Berlin-Treffen mit Walter Reuther.

sp. Der Leiter der amerikanischen Automobilgewerkschaften, Walter Reuther, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, wird Ende der Woche auch Berlin besuchen, wo er von Oberbürgermeister Reuter empfangen werden wird. Für Sonnabend nachmittag ist eine Besprechung des amerikanischen Gastes mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes der SPD, Ernst Ollenhauer, Fritz Heine und dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Fritz Baade in Berlin vorgesehen.

\*\*\*

Katzenberger war in Berlin.

sp. Geheimrat Katzenberger, der Pressechef der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und besonders vertraute Mitarbeiter des Ministerpräsidenten Arnold ist kürzlich in Berlin gewesen. Er hat dort Besprechungen mit verschiedenen maßgebenden Persönlichkeiten der Ost-CDU geführt. Es soll bei dieser Gelegenheit vereinbart worden sein, dass sich Vertreter der ostzonalen CDU-Führung demnächst zu einer Besprechung mit Arnold treffen werden.

\*\*\*

Wieder am runden Tisch.

sp. Am 30. November, in der Zeit von 22.15 bis 23.00 Uhr, wird zum ersten Mal wieder nach längerer Zeit im NWDR ein politisches Diskussionsgespräch zwischen Vertretern verschiedener Parteien über grundsätzliche Fragen stattfinden. Die erste Sendung wird das Thema "Führung und Geführte" zum Gegenstand haben, die nächste das Thema "Kirche und Staat". Am 30. November wird für die SPD Willy Brandt, M.d.B. (Berlin) sprechen. Die Sendungen finden jeweils am letzten Mittwoch jeden Monats statt.

\*\*\*

Nicht genug "Kv". (Eig. Ber.) Jena. Da bei den von Klinik- und freien Ärzten durchgeführten Reihenuntersuchungen von für die Volkspolizei ausgehobenen Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren durchschnittlich nur 10 Prozent für tauglich befunden wurden, hat die SED-Landesleitung über die thüringische Landesregierung erwirkt, dass nur "ausgesuchte" Ärzte die Reihenuntersuchungen vornehmen dürfen. Ebenfalls dürfen Uranbergarbeiter, die im Urlaub erkranken, nicht von jedem Arzt krankgeschrieben werden.

\*\*\*